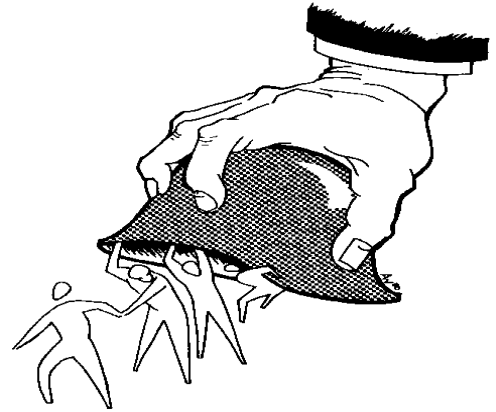


# Mitgliederrundbrief

Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.



Kopenhagener Str. 71 · 10437 Berlin · 0 30 / 44 01 30-28 · Fax 0 30 / 44 01 30-29 · mit\_uns@Kampagne.de  
April 2004

**Liebe Freundinnen und Freunde,**  
viel Zeit ist vergangen, in der nichts Gedrucktes für Mitglieder von *Mit uns gegen die Wehrpflicht* das Büro verlassen hat. Zwar sind wir nicht untätig gewesen und haben über unsere Aktivitäten auch regelmäßige Informationen ausgeschickt, doch immer per E-Mail und über die Website der *Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär*. In letzter Zeit erreichte uns jedoch Kritik an unserem vermeintlichen Schweigen – von all jenen, die nicht ständig im weltweiten Netz unterwegs sind und von ihrem Verein gern mal wieder auf den traditionellen Wegen hören möchten. Wir nehmen diese Kritik an und werden ab sofort unregelmäßig, aber regelmäßig schwarz auf weiß informieren – mit diesem kleinen Rundbrief. Wir wissen, dass wir auf so wenig Papier wichtige Themen nur anreißen können, und hoffen doch, die eine und den anderen zu locken, wenn nicht auf [www.Kampagne.de](http://www.Kampagne.de) vorbeizuschauen, so doch auch einmal wieder persönlich, telefonisch oder per Brief nachzufragen, was denn so anliegt. Auch Meinungen und Kritik sind immer noch willkommen!

Friedliche Grüße aus dem Büro

---

## Inhalt

Aktuelles zur Wehrpflicht · Bundeswehr-Monitoring · 20. Juli 2004 · Mediation – neues Angebot für Mitglieder

---

## Aktuelles zur Wehrpflicht

Struck macht ernst. Während seine Amtsvorgänger Ruhe und Scharping den Umbau der Bundeswehr zur weltweiten Interventionsfähigkeit mit gebremsten Zügeln einleiteten, fällt Struck in den Schweinsgalopp. Nicht mehr Reform, sondern „Transformation“ heißt der Prozess, der die Bundeswehr zur uneinge-

schränkten, weltweiten Angriffsfähigkeit verleiten soll.

In den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ vom Mai letzten Jahres stellt er fest, dass „(es) eine Gefährdung deutschen Territoriums durch konventionelle Streitkräfte derzeit und auf absehbare Zeit nicht (gibt).“ Deshalb, so seine Ankündigung, werden die militärischen Kapazitäten, die der klassischen Landesverteidigung dienen, abgebaut.

Abrüstung? Nein, denn stattdessen soll die gesamte Bundeswehr einzig für die „wahrscheinlicheren Aufgaben der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung“ aufgerüstet werden. Wo? „Das Einsatzgebiet der Bundeswehr ist grundsätzlich die ganze Welt.“ Im Oktober 2003 konkretisierte Struck, dass nunmehr der Grundsatz gelte: „Klasse statt Masse!“ Der Personalumfang der Bundeswehr wird bis zum Jahr 2010 von etwa 272.000 auf 250.000 SoldatInnen reduziert, beim Grundwehrdienst von neun Monaten bleibe es. Für Kriegsoperationen jeder Art werden 35.000 Soldaten in „Eingreifkräften“ zusammengefasst. Mögliches Szenario hierfür ist der Kriegseinsatz der britischen Streitkräfte im Irak. Für bis zu fünf Operationen sollen 70.000 Soldaten der „Stabilisierungskräfte“ zur Verfügung stehen. Vorbild hierbei sind die laufenden deutschen Einsätze in Afghanistan und auf dem Balkan.

Normal Grundwehrdienst leistende Wehrpflichtige werden fast zu einer Rarität in der Bundeswehr. Bis zum Jahr 2007 sollen die Dienstposten für Grundwehrdienstleistende auf 30.000 reduziert werden. Bei einem neunmonatigen Wehrdienst könnten rechnerisch 40.000 Einberufungen vorgenommen werden. Angesichts von Jahrgangsstärken von über 400.000 jungen Männern wird deutlich, dass nun wahrlich nicht mehr von „allgemeiner Wehrpflicht“ gesprochen werden darf. Struck

kommentierte diese Wehrpflichtentwicklung so: „Die Bundeswehr holt sich die Männer, die sie braucht. Die Wehrpflicht ist nicht daran geknüpft, dass jeder eingezogen wird.“

Vielleicht nicht jeder, aber nur jeder Zehnte? Die mittels Erlass seit Juli 2003 in Kraft getretenen weitreichenden Einberufungsregelungen sind jedenfalls seit Ende Dezember 2003 Anlass für das Verwaltungsgericht Köln, die aufschiebende Wirkung von Widersprüchen gegen Einberufungsbescheide anzuordnen. Die Einberufungspraxis sei „willkürlich“ und „rechtswidrig“, so das Gericht. Auch wenn sich mittlerweile andere Verwaltungsgerichte (Neustadt an der Weinstraße am 23. März, Koblenz am 10. März) nicht so weit vorgewagt haben, kritisieren sie doch in gleicher Weise die Wehrpflichtpraxis.

Das Kriegsministerium reagiert auf die drohende juristische Schlappe. Die ersten Gesetzesentwürfe liegen auf dem Tisch, um die Erlasse nun endlich gesetzlich zu regeln. Mit diesem Schritt hofft das Ministerium, Ruhe an der juristischen Wehrpflichtfront herzustellen. Und es wird versucht, die „Wehrgerechtigkeit“ mittels umfangreicher Zahlen und Tabellen nachzuweisen. Die Homepage der Bundeswehr präsentierte ab dem 3. März Materialien über die zukünftige Personalplanung. Am 11. März erfolgte eine Presseerklärung der *Kampagne*, die diese Personalplanung kommentierte und eine eigene Berechnung gegenüberstellte. Noch am selben Tag wurde die Verlinkung auf der Bundeswehr-Homepage zu ihren Datenblättern entfernt. Offensichtlich haben wir mit unseren Zahlen in Schwarze getroffen. Darin haben wir die noch nie dagewesene Ausmusterungsquote von 25 Prozent zu Grunde gelegt und rechnen mit einer KDV-Quote von 40 Prozent aller Erfassten. Trotzdem und trotz zahlreicher Wehrdienstausnahmen kann maximal nur jeder Zweite aller verbleibenden Verfügbaren einberufen werden. Das entspräche jedem zehnten Erfassten!

Die Wehrpflicht wackelt, daran besteht kein Zweifel. Aber auf die juristische Abschaffung zu vertrauen, wäre falsch. Wehrpflicht ist, dies hat das Bundesverfassungsgericht bei seiner Wehrpflicht-Entscheidung im Jahr 2002 deutlich gemacht, Teil der „Staatsräson“ und entzieht sich deshalb einer rechtsstaatlichen Überprüfung. Es gilt, den politischen Druck auf die Entscheidungsträger zu erhöhen. Bereits zweimal hat Struck es unterlassen, wegen drohenden Abstimmungs-niederlagen innerhalb der SPD, seinen Wehrpflichtkurs durch seine Partei bestätigen zu lassen. Noch vor der letztjährigen Sommerpause des Bundestages

sollte die SPD-Fraktion die Wehrpflicht absegnen, und beim Bundesparteitag im November hat nur eine geschickte Tagungsregie verhindert, dass über die Wehrpflicht debattiert wurde. Im Herbst dieses Jahres soll es einen neuen Anlauf geben. Es bleibt abzuwarten, ob die Parteiführung sich durchsetzt – dann würde eine ausgewählte „Fachkonferenz“ der SPD von oben das Ergebnis bestimmen - oder ob eine Delegiertentagung unter Beteiligung der Basis offen entscheiden „darf“.

Gesellschaftlicher und öffentlicher Druck ist auch deshalb nötig, weil im Zusammenhang mit dem möglich erscheinendem Ausstieg aus der Wehrpflicht eine typisch deutsche Forderung auftaucht. Die Ministerpräsidenten Steinbrück aus NRW und Böhmer aus Sachsen-Anhalt sowie weitere Landesminister haben Mitte Januar ein „soziales Pflichtjahr“ gefordert. Damit wird auf den „Reichsarbeitsdienst“ und das „Pflichtjahr“ des NS-Staats zurückgegriffen, die als kriegsvorbereitende Maßnahmen Teil eines ganzen Systems von Pflicht- und Zwangsdiensten waren.

Ein neuer Dienst würde grundsätzlich gegen grundgesetzliche Normen sowie gegen internationale Verträge verstoßen, die das westliche Nachkriegsdeutschland aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit unterzeichnet hat. Sowohl die Europäische Menschenrechtskonvention als auch ein Übereinkommen der internationalen Arbeitsorganisation (IAO) verbieten jegliche „Zwangs- oder Pflichtarbeit“.

Ausgenommen von diesem Verbot sind ausdrücklich „Dienstleistungen militärischer Art“. Und in diese Lücke stößt Innenminister Schily, der Mitte März 2004 in einem Interview erklärte: „Es geht dann nicht mehr allein darum, das Vaterland mit der Waffe in der Hand zu verteidigen, sondern ihm anderweitig zu dienen. (...) Deshalb müssen wir auch unsere Abwehrkräfte stärken. Und dazu gehört, dass wir ein Abwehrbewusstsein in der deutschen Bevölkerung schaffen und für mögliche Notlagen ein Reservoir an Helfern haben. Da könnte ein Pflichtjahr – das sicher auch andere soziale und gesellschaftliche Zielrichtungen hätte – helfen.“ War es in den 1970er Jahren das Feindbild einer omnipotenten RAF, das zum Abbau demokratischer Rechte und zur Aufrüstung im Inneren führte, dient der „internationale Terrorismus“ heute als Vorwand, die Bundeswehr zur Angriffsmarine zu formen und die „Wehrkraft des deutschen Volkes“ zu mobilisieren. Dabei zeigt der Krieg gegen und in Afghanistan sowie im Irak, wie kontraproduktiv und menschenverachtend

kriegerische Mittel sind. Die Welt ist nicht sicherer geworden – im Gegenteil.

Leider ist das Engagement gegen die Wehrpflicht und gegen drohende Zwangsdienste heute mindestens so notwendig wie zum Zeitpunkt der Gründung unseres Vereins vor 14 Jahren. Wer die massiven Einschränkungen und Verletzungen von Menschenrechten, die mit Zwangsdiensten militärischer Art verbunden sind, fordert oder akzeptiert, wer eine geistige Wehr-Mobilisierung der Nation fordert, der will nicht Frieden, sondern Krieg. ◀

### **Bundeswehr-Monitoring**

*Der „Staatsbürger in Uniform“, der mit seiner Familie in unserer Nachbarschaft wohnte und um siebzehn Uhr dreißig nach Hause kam, hat ausgedient. „Wir brauchen den archaischen Kämpfer und den, der den High-tech-Krieg führen kann“, stellt Budde lakonisch fest. Diesen Typus müssen wir uns wohl vorstellen als einen Kolonialkrieger, der fern der Heimat bei dieser Art von Existenz in Gefahr steht, nach eigenen Gesetzen zu handeln.*

(Welt am Sonntag, 29.02.2004: Bundeswehr braucht archaische Kämpfer, Porträt des neuen Inspektors des Heeres, Hans-Otto Budde)

“Archaische Kämpfer”?

Immer wieder mussten und müssen wir in unserer Beratungsarbeit für Wehrpflichtige, Soldaten und Soldatinnen seit Anfang der 90er Jahre feststellen, dass es bei der Bundeswehr eine große Diskrepanz zwischen Schein und Sein gibt. Langjährige Mitglieder des Vereins kennen sicher die Broschüre „Auf keinen Fall zum Bund“, die Gespräche mit ratsuchenden Kriegsdienstgegnern enthält und einen Einblick gibt, was Militärdienst bedeutet.

Viele Kriegsdienstverweigerer, die bereits zur Bundeswehr einberufen waren, erlebten und erleben dort archaisch anmutende Zustände: Diskriminierung und Aggression von Vorgesetzten und „Kameraden“. Auch Soldaten und Soldatinnen, die nie die Absicht hatten, den Kriegsdienst zu verweigern, werden Opfer von Mobbing und Übergriffen. Die jährlichen Berichte des Wehrbeauftragten zeigen davon nur die Spitze des Eisbergs, oft verharmlosend. Massive Übergriffe z.B. gegen die sexuelle Selbstbestimmung oder rechtsradikale Äußerungen gelangen selten in Presse und Öffentlichkeit. Wohl nicht grundlos wurden auch im diesjährigen Bericht gewalttätige Angriffe auf Kameraden und Untergebene im Kapitel „Umgang mit Alkohol und Drogen“ versteckt. Doch in einer Bundeswehr, die weltweit in Kriegseinsätze geschickt wird, wurden und werden Ton und Umgang härter.

Viele Wehrpflichtige wissen nicht, wie sie sich gegen Übergriffe schützen können. Oft sind Betroffene eingeschüchtert und befürchten Nachteile, wenn sie mit ihren Beschwerden den militärischen Dienstweg beschreiten.

Von der *Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär* geht jetzt eine Initiative für ein Bundeswehr-Monitoring aus. Zustände in der Bundeswehr sollen von unabhängiger Seite beobachtet werden. Als *Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.* unterstützen wir diese Initiative. Deshalb bitten wir auch euch um Mithilfe! Bitte nehmt Kontakt mit dem Büro auf und informiert uns, wenn ihr Kenntnis von Verletzungen der Menschen- und Bürgerrechte bei der Bundeswehr bekommt.

Wir helfen Betroffenen bei Beschwerden, Anträgen und Eingaben. Wir unterstützen alle, die aus der Bundeswehr rauswollen und sammeln Informationen, um in Zusammenarbeit mit der *Kampagne* auf die Zustände bei der Bundeswehr aufmerksam zu machen.

Ansprechpartner ist der Geschäftsführer des Vereins, Michael Behrendt. Mailt oder ruft an: mit\_uns@Kampagne.de, 0 30 / 44 01 30-28

Eine Weitergabe von anonymisierten Informationen an die Presse erfolgt in Absprache mit den Betroffenen. ◀

### **20. Juli 1944 - 2004**

#### **Kritik an nationaler Mythenbildung**

Vor 60 Jahren scheiterte das Attentat auf Hitler und damit der Versuch eines Staatsstrechs. Aus diesem Anlass verarbeiten die öffentlichen Medien zur Zeit die Geschichte der Attentäter in Spielfilmen und Dokumentationen und begleiten damit die nationale Mythenbildung von Bundesregierung und Bundeswehr, die auch 2004 in einem Gelöbnis am 20. Juli ihren Höhepunkt finden wird. Dass ausgerechnet die „Männer des 20. Julis“, ein großer Teil von ihnen hohe Militärs, identitätsstiftend für die Bundesrepublik sein sollen, ist kein Zufall, war ihr Widerstand doch vorwiegend nationalistisch-deutsch und konservativ motiviert.

Als Militärs hatten sie in einem Staat ihre Karrieren fortgesetzt oder gemacht, in dem bereits seit 1933 antisemitische Verbrechen und die blutige Verfolgung Andersdenkender in der Öffentlichkeit stattfanden. Sie hatten der NS-Großraumpolitik und Eroberungsplänen nicht nur nicht widersprochen, sondern waren in verantwortlichen Positionen in der Wehrmacht auch noch verblieben, als sie Kenntnis von Kriegsverbrechen und Völkermord hatten. Vor allem an der Ostfront haben einige Männer

wie Henning von Tresckow die Ermordung von ZivilistInnen geduldet oder mitgetragen. Im Vordergrund ihrer Umsturzpläne stand, Hitler zu beseitigen, eine bedingungslose Kapitulation zu vermeiden und den Machterhalt des Deutschen Reichs zu sichern. Zu den Motiven zumindest eines Teils der Verschwörer gehörte sicher auch, „das Morden zu beenden“, doch selbst die Waffen niederzulegen oder überzulaufen, kam für sie nicht in Frage.

Die These von den ehrenhaften, wenn auch gescheiterten „Tyrannenmördern“ trägt bei, die Deutschen, die die NS-Politik vielfach aus Überzeugung und teilweise über die Kapitulation hinaus mittrugen, von ihrer Verantwortung für die Shoa und den Zweiten Weltkrieg zu entlasten. Der antifaschistische Widerstand sozialdemokratisch, kommunistisch, anarchistisch, internationalistisch und humanistisch motivierter Menschen, die sich dem NS-Staat, der Deportation und dem Mord an Jüdinnen und Juden widersetzen, stellt hingegen die Integrität deutscher MittäterInnen in Frage und eignet sich deshalb weniger für die wieder erstarkte deutsche Selbstsicherheit, mit der bei weltweiten Kriegseinsätzen die Frage nur noch heißt: mit Mandat oder auch ohne? Die Bundeswehr zudem hat sich in ihrer Traditionspflege nie klar von der Wehrmacht distanziert.

Deserteure, Wehrkraftzersetzer und Kriegsdienstverweigerer sehen wir als konsequenten Widerstand aus den Reihen des Militärs, weil sie die Waffen niederlegten und sich den Verbrechen verweigerten. Diese Menschen zählen nach Zehntausenden.

Wenn in diesem Jahr Bundesregierung und Bundeswehr den 20. Juli erneut zu Selbstvergewisserung und –feier nutzen werden, werden wir unsererseits Deserteure und Kriegsdienstverweigerer der Wehrmacht ehren. Wir wollen im Hof der Gedenkstätte Deutscher Widerstand an sie erinnern und gemeinsam mit dem Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann einen Kranz niederlegen. Wer dabei sein möchte, wird hiermit gebeten, das Büro zu benachrichtigen. (mit\_uns@Kampagne.de oder Tel. 0 30 / 44 01 30-28) Wir werden alle, die sich melden, rechtzeitig informieren. ◀

### **Streit schlichten mit Hilfe einer neutralen Person**

#### **Mediation für Mitglieder**

Wo Menschen miteinander arbeiten und leben, kann es Konflikte geben. Ein (Meinungs)streit kann konstruktiv sein – jedoch nicht immer. Oft führen Konflikte und Streitigkeiten zu lang anhaltendem Ärger, zu destruktiven Gefühlen, Alpträumen, ständigem Grübeln und Hilf-

losigkeit. Die beiden Seiten sind von ihren Gefühlen überwältigt, verstehen sich nicht mehr, „sprechen nicht mehr die gleiche Sprache“.

Deshalb ist „Übersetzung“ gefragt: Wo streitende Parteien allein keinen Ausweg finden, kann eine moderne Form von Schlichtung weiterhelfen: Mediation. Eine außenstehende, professionell geschulte Person „übersetzt“ für beide Streitenden, worum es eigentlich ging. Dabei werden die Hintergründe des Streits, die die Streitenden vielleicht längst vergessen haben, „ausgegraben“ und Wege gesucht, die Sprache der anderen Seite zu verstehen. Das ist anstrengend, kann aber gerichtliche Auseinandersetzungen, Schmerz und Verdruss ersparen. Am Ende einer erfolgreichen Mediation soll für alle am Konflikt Beteiligten ein tragfähiger Kompromiss stehen. Die Parteien sollen durch Mediation aus ihrer Sackgasse herauskommen.

Mediation unterliegt bestimmten Regeln, hat eine sachliche Ebene, ermutigt zu Selbstbehauptung und Einfühlung, zu gegenseitiger Fairness, ist unbürokratisch und effektiv. Sie kann überall eingesetzt werden, wo zwei oder mehrere streiten: in Schule und Jugendarbeit, Beruf, Familie, Organisationen, in der Politik, bei Umweltkonflikten oder Mietstreitigkeiten bis hin zum Täter-Opfer-Ausgleich.

Mediation ist eine gewaltfreie Form der Konfliktbearbeitung, wie sie uns als Mitgliedern eines antimilitaristischen Vereins besonders am Herzen liegt. Michael Behrendt, der Geschäftsführer von Mit uns gegen die Wehrpflicht, hat sich deshalb als Mediator qualifiziert. Wir bieten Mitgliedern ab sofort die Möglichkeit, bei der Lösung oder Schlichtung von Konflikten eine Mediation in Anspruch zu nehmen.

Mediation hilft, destruktive Gefühle zu überwinden, kann persönliche Beziehungen erneuern oder – wie bei Ehescheidungen – helfen, einvernehmliche Regelungen für strittige Fragen zu finden, und wandelt Gegnerschaft mitunter sogar zu Freundschaft. Am Ende haben im Idealfall alle Beteiligten das Gefühl, jetzt gerecht behandelt worden zu sein. Wir freuen uns über Nachfragen und helfen gern! ◀

#### **Friedensforum**

Mitglieder können die Zeitschrift *Friedensforum* ([www.friedenskooperative.de](http://www.friedenskooperative.de)) weiterhin kostenlos über *Mit uns gegen die Wehrpflicht* beziehen. Wir bitten Interessierte, die das *Friedensforum* beziehen möchten und es noch nicht bekommen, sich im Büro zu melden!

V.i.S.d.P. für diesen Rundbrief: Michael Behrendt